

# Solidarität mit Griechenland – Schuldenschnitt sofort!

## 1. Die soziale Lage in Griechenland

Die Politik der „Institutionen“ (IWF, EZB und Eurogruppe) seit 2010 hat zur Verarmung der großen Mehrheit der griechischen Bevölkerung geführt. Die Wirtschaft ist um ein Viertel geschrumpft mit verheerenden Folgen für die griechische Bevölkerung. Hier können nur einige Auswirkungen angesprochen werden:

- Fast die Hälfte der Griech\*innen leben inzwischen an oder unter der Armutsgrenze (665 € pro Monat);
- Die Arbeitslosigkeit stieg auf 27%, bei jungen Menschen auf über 50%, obwohl mehrere Hunderttausend - oft gut Ausgebildete - das Land verlassen haben.
- Löhne werden oft (wenn überhaupt) erst Monate später ausgezahlt.
- 75 % der Überstunden werden erst gar nicht bezahlt.
- Drei Mio. Menschen haben keine Krankenversicherung mehr. Für viele ist die medizinische Versorgung unbezahlbar geworden.
- Renten und Pensionen sind bereits zwei Mal gekürzt worden.

## 2. Ansätze zu einer anderen Politik durch Syriza

Angesichts dieser sozialen Misere versuchte die von Syriza geführte Regierung nach ihrem Wahlsieg am 25. Januar 2015, eine andere Politik als ihre Vorgänger zu praktizieren. Sie wollte einen Schuldenschnitt erreichen. Selbst der IWF erkennt an, dass ein Schuldenschnitt unumgänglich ist, da das Land mit 177 % seines BIP in der Kreide steckt.

Der Schuldenschnitt scheiterte bislang an der unnachgiebigen Haltung großer Teile der Bundesregierung. Einige Länder (Finnland, Slowakei, Baltikum), die von nationalistischen und marktradikalen Regierungen geführt werden, unterstützen die Griechenlandpolitik von Bundesfinanzminister Schäuble.

## 3. Der Umgang mit demokratischen Voten

Um ihre Verhandlungsposition zu stärken, führte die Regierung Tsipras am 5. Juli 2015 eine Volksabstimmung durch. 61,3 % der Wähler\_innen lehnten die Verarmungspolitik der Troika ab. Doch was zählt ein demokratisches Votum in der EU noch, wenn laut Bundeskanzlerin Merkel – die Politik der Troika angeblich „alternativlos“ ist? Die Interessen der Gläubiger haben Vorrang vor dem Willen des Volkes. Das Abkommen vom 13. Juli 2015, das der griechischen Regierung aufgezwungen wurde, sieht noch härtere Maßnahmen vor als alle bisherigen „Sparprogramme“.

## 4. Nutznießer der „Sparmaßnahmen“

Nutznießer der Sparmaßnahmen sind vor allem deutsche und französische Banken, die (nicht nur) in Griechenland riesige Kredite vergeben haben und vom Staat gerettet wurden. Über 90 Prozent der Gelder, die die Troika Griechenland bewilligt, muss zur Schuldentilgung verwandt werden und kommt nicht der griechischen Bevölkerung zugute.

Gewinner sind außerdem die EZB und - entgegen aller Darstellungen in den deutschen „Leitmedien“ - auch der deutsche Staatshaushalt. Das Leibnizinstitut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) hat berechnet, dass der deutsche Fiskus seit 2010 100 Mrd. Euro Zinszahlungen für deutsche Staatsanleihen einsparen konnte. Diese Einsparungen lassen sich zum Teil auf die Griechenlandkrise zurückführen: Immer bei negativen Nachrichten über Griechenland fielen die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen. Das IWH geht davon aus, dass allein diese Zinseinsparungen die Kosten der Krise übertreffen – selbst wenn Griechenland seine Schulden nicht mehr bedienen kann.

Wie die im jüngsten Sparprogramm geforderte Privatisierung von Staatseigentum (Flughäfen, Eisenbahnen, Stromerzeugern und staatlicher Grundbesitz) vonstatten gehen wird, zeigt das Beispiel Fraport: Fraport gehört zu 51 % dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt. Entgegen den Bitten der griechischen Regierung hat Fraport nur die 14 lukrative Flughäfen übernommen. Im Memorandum heißt es, Griechenland könne durch die Privatisierung 50 Mrd. Euro einnehmen, doch diese Summe ist illusorisch. Europäische Konzerne werden Staatsbetriebe zu Niedrigpreisen aufkaufen, ihr Einfluss in Griechenland wächst. Griechenland wird zunehmend in eine „Halbkolonie“ verwandelt.

## 5. Was können wir Bürger in Deutschland tun?

Verständnis für das Elend in Griechenland und Hilfsaktionen sind notwendig, reichen aber nicht aus. Wir rufen die Bundesregierung dazu auf

- die griechischen Forderungen nach einem Schuldenschnitt zu erfüllen,
- die Verarmungspolitik in und gegen Griechenland zu beenden,
- Investitionsprogramme für die griechische Wirtschaft zu unterstützen.

Außerdem sollten wir uns in Deutschland für Veränderungen einsetzen, die vielen Menschen bei uns zu Gute kämen und positive Auswirkungen auf andere Länder hätten. Dazu einige Beispiele:

- Deutschland muss seine Exportüberschüsse reduzieren, um den Wirtschaftsaufschwung anderer Staaten zu erleichtern.
- Im Ausgleich zu Exporteinbußen kann die Binnennachfrage u.a. durch arbeitspolitische Maßnahmen erhöht werden.
- Prekäre Arbeitsverhältnisse (Minijobs, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse) müssen reduziert, bzw. abgeschafft werden.
- Das Rentenniveau muss erhöht werden, immer mehr Rentner\_innen geraten unter die Armutsgrenze.
- Die Steuerflucht insbesondere der großen Unternehmen muss verhindert werden.
- Reiche Bürger, die heute keine oder geringe Erbschafts- und Vermögenssteuer zahlen, müssen zur Kasse gebeten werden.
- Die wachsende Ungleichheit in der Gesellschaft muss bekämpft werden.

Lasst uns den Marktradikalismus und den Demokratie-Abbau in der EU bekämpfen – in Solidarität mit den Menschen in Griechenland und anderswo!

Das Sozialforum München zusammen mit dem Forum Eurokrise hat nach einer Griechenlandreise 2011 beschlossen, das selbstorganisierte und selbstverwaltete Gesundheitszentrum "Elleniko" (im Süden Athens) zu unterstützen. Dafür sammeln wir Geld, denn wir meinen, die Menschen vor Ort wissen am besten, was sie benötigen - aber es fehlen die finanziellen Mittel.

<http://www.m-sf.de/forum-eurokrise.php> [info@m-sf.de](mailto:info@m-sf.de)

Juli 2016

**Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf das Konto des  
Sozialforums München, Verwendungszweck „Griechenland“;  
Hans-Peter Gase Konto-Nr. 40 160 52 32  
BLZ 70090500 Sparda-Bank München  
IBAN DE 61 7009 0500 0401 6052 32 BIC GENODEF 1 S04**

